

Positionspapier der Deutschen Bauwirtschaft zur Deponieknappheit und Kostenexplosionen im Deponiesektor

Grundsätzlich besteht für den Abfallerzeuger (Bauherrn) die Pflicht, nicht vermeidbare Abfälle ordnungsgemäß und schadlos zu verwerten. Dabei ist eine dem Schutz von Mensch und Umwelt am besten zu gewährleistende hochwertige Verwertung anzustreben. Verwertung ist daher ein Instrument der Kreislaufwirtschaft, das ebenso wie die Beseitigung die gesetzlich vorgegebenen Anforderungen an den Schutz der Umwelt erfüllen muss.

Die Deutsche Bauwirtschaft bekennt sich umfassend zum Umweltschutz, zur Kreislaufwirtschaft und zum Ressourcenschutz, leistet hier bereits seit langem einen herausragenden Beitrag. Bei der **Verwertung mineralischer Abfälle und Nebenprodukte** übertrifft die Bauwirtschaft die ehrgeizigen europäischen Verwertungsziele der EU ab 2020 weit und setzt damit das Anliegen einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft nicht erst seit heute in beispielhafter Weise um. So hat die Bauwirtschaft im Rahmen der Initiative Kreislaufwirtschaftsträger Bau (KWTB) über einen Zeitraum von zehn Jahren (1995 bis 2005) nachgewiesen, dass rund 90 % der jährlich anfallenden mineralischen Bauabfälle umweltverträglich wiederverwertet werden. Seit 2011 erfolgt die Fortschreibung des Monitorings in der neuen Initiative Kreislaufwirtschaft Bau (KWB) (siehe z. B. KWB-Monitoringbericht 2010 (Veröffentlichung 2013)).

Es ist jedoch eine anzuerkennende Tatsache, dass trotz aller Bemühungen um die Vermeidung und Verwertung von Abfällen im Baubereich auch der geordnete Umgang mit nicht verwertbaren mineralischen Abfällen sichergestellt sein muss. Der geordnete Umgang mit Abfällen auf der Grundlage einer funktionierenden Abfallwirtschaft ist für die Förderung der Kreislaufwirtschaft sowie dem damit verbundenen Schutz der Umwelt unabdingbar.

Hier sehen wir mit großer Sorge die in zahlreichen Bundesländern (insbesondere Niedersachsen, Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen) bereits heute vorliegenden Engpässe bei der Ablagerung von nicht verwertbaren mineralischen Bauabfällen aufgrund nahezu erschöpfter regionaler Deponiekapazitäten. Die Folge sind lange Transportwege, die neben hohen Kosten auch direkte Auswirkungen auf die Umwelt haben (CO₂-Emissionen, Ressourcenverbrauch). Die Steigerung der Deponiegebühren, regional von bis zu über 300 % innerhalb von fünf Jahren ist Ausdruck der akuten Verknappung der Deponiekapazitäten.

Wie auch der VKU fordern wir eine bundesweite umfassende systematische Untersuchung zur Bedarfsanalyse an notwendigem Deponieraum. Hier sind die Auswirkungen steigender Anforderungen des vorsorgenden Boden- und Grundwasserschutzes (Mantelverordnung) mittel- und langfristig mit einzubeziehen.

Von der Politik erwarten wir, dass die Notwendigkeit der Sicherstellung und Schaffung von Deponiekapazitäten (DK 0 und DKI) offen thematisiert, analysiert, anerkannt und politisch unterstützt wird.

Vorhabenträger brauchen für die Planung und in Genehmigungsverfahren von Deponien unterstützende politische Signale auf nationaler und europäischer Ebene, da sie sich zunehmend mit der Auffassung von lokaler und regionaler Politik sowie von Bürgerinitiativen auseinandersetzen müssen, dass Deponien nicht mehr erforderlich sind.

Kaum eine Branche ist in gleichem Maße von den regulatorischen Rahmenbedingungen abhängig wie die Bauwirtschaft. Nur wenn die Rahmenbedingungen stimmen, wird in ausreichendem Maße investiert und kann gebaut werden.

Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung sieht u. a. in einer hohen Wohn- und Lebensqualität der Menschen in Deutschland ein wichtiges Ziel. Dem weiter wachsenden Wohnungsbedarf in den Ballungszentren und vielen Groß- und Hochschulstädten, dem notwendigen energetischen Umbau sowie den demografischen und sozialen Herausforderungen muss entsprochen werden. Auch sollen große öffentliche Bauvorhaben in puncto Baukosten und Termintreue wieder verlässlicher werden.

Dies bedeutet jedoch, auch Faktoren, die das Bauen verteuern, auch eindeutig zu benennen! So haben Preisanstiege beim Bauen häufig auch Gründe, die nicht im Verantwortungsbereich des Bauunternehmens liegen – so die Entsorgung von nicht verwertbaren mineralischen Bauabfällen und Bodenaushub im Rahmen von Baumaßnahmen. Gelingt es nicht, bereits heute vorliegende Engpässe bei der Ablagerung von nicht verwertbaren mineralischen Bauabfällen aufgrund nahezu erschöpfter regionaler Deponiekapazitäten zu beheben, wird dies unabdingbar zu einer Vertueuerung von Baumaßnahmen führen. Insbesondere die dringend notwendige Sanierung der Verkehrsinfrastruktur würde hierdurch kaum noch finanzierbar werden.

Ansprechpartner:

Dr.-Ing. Antje Eichler
Abteilung Umwelt und Normungspolitik

Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.
Postanschrift: 10898 Berlin
Hausanschrift: Kurfürstenstraße 129, 10785 Berlin
Tel.: +49 (0)30 - 212 86 164
Fax: +49 (0)30 - 212 86 250
Mail: antje.eichler@bauindustrie.de
Internet: <http://www.bauindustrie.de>

Dipl.- Ing. Michael Heide
Geschäftsführer

Zentralverband Deutsches Baugewerbe
Geschäftsbereich Unternehmensentwicklung
Kronenstraße 55-58, 10117 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 20314-555
Fax: +49 (0) 30 20314-565
Mail: heide@zdb.de
Internet: <http://www.zdb.de>